

D4NEU Der Bundesverband Campusgrün - grün-alternativer Hochschulgruppen lehnt den Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP ab.

Gremium: CampusGrün Hamburg + Grüne Hochschulgruppe Frankfurt am Main

Beschlussdatum: 03.12.2021

Tagesordnungspunkt: 10.2. Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Als Bundesverband grün-alternativer Hochschulgruppen können wir es nicht
2 unkommentiert billigen, wenn der gemeinsame Koalitionsvertrag von Bündnis 90/DIE
3 GRÜNEN, SPD und FDP das faktische Aufgeben des 1,5°-Ziels [0],
4 Exzellenzuniversitäten, Rückführungsoffensiven, atomare Teilhabe,
5 Schuldenbremse, HartzIV, eine Absage an notwendige Umverteilung und absolute
6 Ignoranz in der Mietenfrage beinhaltet. Deshalb lehnen wir den Koalitionsvertrag
7 ab.

8 Entgegen der in der Öffentlichkeitsarbeit von Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie der
9 veröffentlichten Meinung herrschenden Deutung der Wahlergebnisse (bzw.
10 insbesondere des zwischenzeitlichen grünen Umfragehochs) wissen wir: Die
11 Zustimmung zu den GRÜNEN hat wenig mit den politischen Schaukämpfen der
12 Partieliten zu tun, sondern ist der in den letzten Jahren starken
13 Ökologiebewegung (v.a. FFF und den Waldbesetzungskämpfen) zu verdanken. Und
14 auch, wenn die GRÜNEN schon längst keine Partei mehr mit Verwurzelung in den
15 sozialen Bewegungen sind, wäre es absolut notwendig gewesen, diesen
16 gesellschaftlichen Druck parlamentarisch abzusichern. Einer stärkeren
17 Priorisierung der ökologischen Frage standen auch die möglichen
18 Spitzenkandidat*innen im Weg: Eine Außenpolitikerin und ein liberaler Philosoph
19 sind leider keine besonders authentischen Protagonist*innen in einem
20 Klimawahlkampf. Ironischerweise hat damit gerade der Kanzler*innenamtswahlkampf
21 die Möglichkeiten auf das Kanzler*innenamt verbaut. Aber auch im Anschluss wäre
22 wenigstens noch Schadensbegrenzung möglich gewesen: Die GRÜNEN hätten - anstatt
23 mit SPD und FDP auf Kuschelkurs zu gehen - frühzeitig klarmachen müssen, dass
24 eine Koalition, die das 1,5°-Ziel nicht halten kann, ausgeschlossen ist.

25 Diese taktischen Fehler rächen sich jetzt:
26 Im Koalitionspapier wird ausdrücklich vermieden, der Klimakrise den Kampf
27 anzusagen. So ist "idealerweise" (also: nicht verpflichtend) ein Kohleausstieg
28 bis 2030 geplant, gleichzeitig soll die schädliche Erdgasinfrastruktur ausgebaut
29 werden. Des Weiteren ist kein Ausstieg aus dem Verbrennermotor bis 2030
30 vorgesehen, kein Ende klimaschädlicher Milliardensubventionen, kein Tempolimit -
31 und eine angestrebte Klimaneutralität ab 2045 ist viel zu spät. Hinzu kommt,
32 dass selbst die wenigen Ziele mit dem Festhalten an der Schuldenbremse nur
33 schwer verwirklicht werden können. Vor diesem Hintergrund stimmen wir Fridays
34 For Future zu, wenn sie sagen: »Mit ihren vorgelegten Maßnahmen entscheiden sich
35 die drei Parteien bewusst für eine weitere Eskalation der Klimakrise« (Spiegel).
36 Auch in unserem Grundsatzprogramm stellen wir uns gegen jenes "Propagieren einer
37 sog. green economy" als Stütze der "vorherrschenden kapitalistischen
38 Verwertungslogik", wie sie die Ampel anstrebt.

39 Aber auch die vor allem vom "Realo"-Flügel propagierte Logik, dass das
40 Verhandlungsergebnis insgesamt stimmen müsse und 'rote Linien' dafür schädlich

41 seien, blamiert sich an der Realität. Dies wollen wir neben der bereits
42 ausgeführten ökologischen Frage an einigen weiteren Aspekten deutlich machen:

43 1. Wissenschaft.

44 Die Regierungskoalition möchte den Wissenschaftsstandort "wettbewerbsfähiger"
45 machen. Dafür werde sie die "bewährte Exzellenzstrategie" an Hochschulen mit
46 neuen Clustern weiterführen (während die Grundfinanzierung um nur 0,3 Prozent
47 steigen soll, was noch nicht mal der Inflationsrate gerecht wird). Auch solle
48 das "soziale Unternehmertum" an Hochschulen gefördert werden. Diese Maßnahmen
49 treiben die konkurrenzbehaftete Neoliberalisierung der Hochschulen noch weiter
50 als bisher voran - und sind somit nicht in Einklang mit unserem
51 Grundsatzprogramm zu bringen. Dieses sieht "Wissenschaft und Forschung dem
52 Gemeinwohl verpflichtet" wofür es eine ausreichende "Grundfinanzierung" als
53 notwendig erachtet. Damit lehnt es "Profitinteressen" sowie
54 "Wettbewerbsorientierung" im Zusammenhang mit Hochschulen ab.

55 2. Soziales.

56 Die Besitzenden können aufatmen: sie werden genauso geringe Steuern wie bisher
57 zahlen, wodurch das Vermögen der Reichen immer weiterwächst. Währenddessen soll
58 der Mindestlohn einmalig (um einen Euro mehr als ohnehin schon geplant war)
59 steigen - und das auch erst ab dem Jahr 2022. Es sollen 400 000 neue Wohnungen
60 gebaut - von denen nur 1/4 Sozialwohnungen sind, und der Rest für den freien
61 Markt verfügbar gemacht wird. Das HartzIV-Konzept ändert sich nur minimal, trägt
62 jetzt jedoch den hippen Namen "Bürgergeld". Das Pflegepersonal bekommt einen
63 einmaligen Zuschuss - "höhere Löhne" sind zwar erwähnt, aber nicht wann und in
64 welchen Dimensionen. Umverteilung/Enteignung mit dem Ziel einer "freie[n] und
65 solidarische[n] Gesellschaft", wie wir sie anstreben, sieht anders aus!

66 3. Internationalismus.

67 Laut Koalitionsvertrag soll vorrangig eine »Rückführungsoffensive« (sprich:
68 Abschiebungen) gestartet werden. Außerdem sei "reguläre Migration zu
69 befürworten". Demnach wird Flucht nicht als "regulär", also als abzulehnen
70 verortet. Eine offene, internationale "Willkommenskultur" sieht anders aus. Auch
71 wolle man die Bewaffnung der Bundeswehr mit Drohnen sowie atomwaffenfähigen
72 Kampfflugzeugen ermöglichen. Der Sicherheitsstaat Deutschland wird ausgebaut
73 und somit solidarischen internationalen Kooperationen den Kampf angesagt.
74 Dementgegen vertreten wir den Grundsatz, dass "eine Rückkehr zur Isolation und
75 Nationalismus [...] lediglich von Problemen ab[lenkt] und [...] diese nur noch
76 größer werden [lässt]". Stattdessen müsse "allen Menschen [...] die
77 Mitgestaltung dieser Gesellschaft ermöglich[t]" werden.

78 An diesen ausgewählten Kritikpunkten wird bereits deutlich, dass vom Vorsatz der
79 Ampel "das Land besser zu machen" (Scholz) der Großteil der Gesellschaft
80 (national sowie international) nicht profitieren wird. Dabei wollen wir
81 selbstverständlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser auch manche
82 kleinere Erfolge birgt (bspw. Wahlalter ab 16, Cannabis-Legalisierung,
83 Abschaffung des Transsex.-Gesetz, Abschaffung §219a). Diese progressiven
84 Elemente dürfen jedoch nicht dafür genutzt werden, die schädlichen Seiten der
85 Koalition in den Hintergrund zu drängen. Was uns bleibt, ist also - genau wie zu
86 Zeiten der GroKo - jeden kleinsten Unterdrückungsmechanismus der Regierenden zu

- 87 kritisieren und mögliche Alternativen zu diesen aufzuzeigen. In und mit diesem
88 Vorhaben wollen wir auch "Bewegungen von unten" stützen!
- 89 [0] <https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/studie-klimaziele-ampel-101.html>

Begründung

Begründung s. Antrag/folgt mündlich